

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Kernsprecher Nr. 53

Größe und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Kernsprecher Nr. 53



Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt“, „Heimatvolk“, „Kriegs- und Heimatkur“, „Neuß-Grevenbroicher Sportnachrichten“. — Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 4.000.—, frei bei Abnahme von 10 Exemplaren. — Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. — Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto K814 41800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile 150.— Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 200.— Mark, und für die 4-spaltige Reklamezeile 500.— Mark. Anzeigen erlösen bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 87

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hr. Keil.

Montag, 16. April 1923 (Lambertus)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

50. Jahrgang

Kardinal Bertram beim hl. Vater. — Weitere Befehungen. 400 Sijcherfahrzeuge untergegangen.

Kardinal Bertram beim hl. Vater.

Am Weichen Sonntag, den 8. April, fand, wie in den übrigen Kirchen Roms, die Erstkommunion der Kinder in der Kirche S. Maria de Anima statt. Unter Teilnahme der deutschen Kolonie reichte Kardinal-Fürstbischof Bertram nach herzlichem Begrüßung der Erstkommunikanten das Brot des Lebens. Hiernach vereinte eine gemischte Familienfeier die Kinder und Angehörigen mit dem Kardinal und den übrigen Geistlichen im Pilgeraal der Anima. Wegen Mittag empfang der hl. Vater alle Erstkommunikanten Roms in feierlicher Audienz.

Abends 6 Uhr hatte der Kardinal-Fürstbischof eine einstündige Audienz beim hl. Vater, die namentlich den Sorgen in den verschiedenen Gebieten der ausgedehnten Diözese gewidmet war. Mit besonderer Genugung erliefte dem Papst die große Freude, mit der Berliner Katholiken die Ernennung des Delegaten zum Weichen Sonntag angenommen haben. Nach den innigen Segenswünschen an das Domkapitel und die ganze Diözese Breslau fand der Papst einen besonders herzlichen Segensgruß den Katholiken Berlins und beauftragte den Kardinal, gelegentlich der Bischofskonstitution in der Gebetskirche in feierlicher Weise den Apostolischen Segen zu erteilen.

Nach dieser Audienz kamen die Begleiter des Kardinals zum hl. Vater, unter ihnen der Domkapitular Wilmersmann, den Se. Heiligkeit besonders Segensgruß an die katholischen Angehörigen im Reichstag und Landtag auftrug.

Die Bülle der Ernennung des Prälaten Deitmer zum Weichen Sonntag durch Kardinal Agnani wurde dem Papst vorgelegt.

Die Leiden und Sorgen der Deutschen im Ruhrgebiet und in den übrigen besetzten Gebieten Deutschlands, insbesondere die Leiden der Kinder und der Gefangenen, die bei den verschiedenen Audienzen zur Sprache kamen, werden nach Eingang des Berichtes des Monfrignone Testa in eingehendster Weise Gegenstand der Erwägung bilden.

Neue Befehungen.

Horst-Emscher, 15. April. Es wurden die großen Schachtanlagen und Röhren der Bonifatius-Schächte, die Koks- und Bräunelager wurden eingehend befragt.

Herne, 15. April. In Essen besuchten die Franzosen das christliche Gefangenenhaus und das Evangelische und katholische Vereinshaus.

Der Bahnhof Oberhausen wieder besetzt. Oberhausen, 15. April. Heute nachmittag ist der Bahnhof Oberhausen wieder besetzt worden.

Die Note Kreuz-Fürsorge. Düsseldorf, 14. April. General Legation hat dem Reichsamt der Deutschen Roten Kreuzes, Abteilung Gefangenen-Fürsorge in Düsseldorf, die Erlaubnis erteilt, alle französischen Gefangenen aufzusuchen, in denen sich politische Gefangene des Rhein- und Ruhrgebietes befinden. Die Erlaubnis zum Besuch ist außer dem Vorhanden sein. Seine Erlaubnis auch den Röhren-Erlaubnis-Erlaubnis erteilt worden. Die beiden Röhren werden Montag zunächst nach Düsseldorf und Erierte. Außerdem ist die Erlaubnis erteilt worden, den politischen Gefangenen vorher geprüfte Bücher durch das Rote Kreuz zuzuführen.

Postkontrolle. Dortmund, 14. April. An den Kontrollstellen Aplerbeck, Schanzen und Eifen wird eine überaus starke Kontrolle geübt. Pakete und Päckchen, sowie Druck- und Warenproben werden wieder hinein nach hinaus gelassen. Infolgedessen befindet sich der gesamte Postverkehr lediglich auf der Westseite. Aber auch Briefe werden häufig beschlagnahmt oder nach Öffnung dem Empfänger ausgeliefert. Zeitungen werden der Beschlagnahme und werden verbrannt.

Ein belgisches Dementi. Der Kölner Kommissar der internationalen Rheinland-Kommission bittet um Veröffentlichung folgender Notiz: Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß die Behauptung, die Dr. Dörten gegenüber dem Vertreter des Röhren-Herzogs (Dr. Dörten) und die Leiter der Rheinischen Bewegung nach Köln zu Colonel Ryan von der britischen Besatzung gerufen worden seien und daß ihnen 30 Millionen Pfund Sterling angeboten seien für den Fall, daß sie die Rheinische Republik unmittelbar ausüben, jeder Begründung entbehrt. Colonel Ryan hat weder direkt noch indirekt irgendwelche Beziehungen mit Dr. Dörten und seiner Partei unterhalten und Dr. Dörten ist ihm persönlich unbekannt.

Concours Hippique. Horst-Emscher, 15. April. Die Offiziere der französischen Ruhr-Armee hielten auf der Hiesigen Rennbahn Concours Hippique ab.

Eine deutsche Note.

W.B. Berlin, 14. April. Die deutsche Botschaft in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung eine Note zu überreichen, in der es u. a. heißt:

Die Reichsbank hat der deutschen Regierung mit Schreiben vom 13. April von einer neuen schweren Verletzung ihrer Rechte durch die französischen Truppen Mitteilung gemacht. Danach haben diese Truppen in einer mit dem Druck von Banknoten für die Reichsbank beschäftigten privaten Druckerei in Mülheim a. d. Ruhr Druckplatten sowie einen großen Vorrat fertiger und unfertiger Notenformulare fortgenommen. Das fortgenommene Material ist bisher nur zum Teil zurückgegeben worden. Es fehlen eine Druckplatte und 41 von den noch nicht fertig gedruckten Bogen, über deren Verbleib und Verwendung die Truppen bisher keinerlei Erklärung abgegeben haben.

Die Note weist dann darauf hin, daß die Reichsbank auch nach der Auffassung des Wiederherstellungsausschusses ein rein privates Unternehmen ist, und fährt dann fort: Die deutsche Regierung möchte einstweilen annehmen, daß die französische Regierung dieses Vorgehen ihrer Truppen nicht billigt. Sie erwartet daher, daß die französische Regierung entsprechend dem Antrag der Reichsbank sofort die notwendigen Anordnungen trifft, damit das gefundene noch fehlende Material zurückgestellt und außerdem die für die Wiedergabe abgegebenen wird, daß von den Druckplatten keinerlei Abdrucke vorgenommen worden sind.

Vor wichtigen Erklärungen des Außenministers.

Wie die Berliner Zeitungen berichten, wird der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosenfeld voraussichtlich am Montag vor dem Plenum des Reichstages eine prägnante, grammatische Erklärung über die außenpolitische Lage abgeben. Der Reichstagskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen haben gestern nachmittags in der Sitzung der Reichstagskammer und der Sozialdemokraten empfangen. Die Aussprache war, der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge, beide Male streng vertraulich.

Weiter wird gemeldet: Wie wir hören, wird am Montag Reichsminister Dr. Rosenfeld die erwartete Rede über die auswärtige Lage halten. Es ist anzunehmen, daß in dieser Rede die deutsche Öffentlichkeit zu Verhandlungen unter den befreundeten Vorkäufungen wieder mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck gebracht wird. Jedoch wird gleichzeitig der Minister die feste Entschlossenheit der Reichsregierung und des deutschen Volkes kundgeben, daß die Fortsetzung des strengen passiven Widerstandes. In diesem Punkte dürfte die Reichsregierung sämtliche Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie hinter sich haben. Auch bezüglich der Verhandlungsbereitschaft bestehen zwischen der Reichsregierung und den bürgerlichen Parteien der Arbeitsgemeinschaft einseitig und den Sozialdemokraten andererseits keine grundsätzlichen Gegensätze, höchstens eine Verschiebung der Anschauungen über die Form, in der unsere Verhandlungsbereitschaft nach außen kundgegeben werden soll.

Eine Rede Poincarés.

Paris, 15. April. Anlässlich der Enthüllung des Kriegereinfalls in Dünkirchen hielt der französische Ministerpräsident Poincaré dort eine Rede, in der auf die Ereignisse des letzten Krieges, soweit sie für Dünkirchen in Beziehung stehen, eingegangen, um abzuwachen über das Reparationsproblem zu verbreiten. Poincaré sagte aus: Frankreich hat den Sieg teuer bezahlt. Wir haben unsere Taten geschworen, ihn uns nicht entreißen zu lassen. Vor diesem Denkmal erneuern wir diesen Schwur. Weil Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, und weil wir selbst annähernd 100 Milliarden für seine Rechnung haben zahlen müssen, sind wir zur Pfandnahme gezwungen und haben Sanktionen zur Anwendung gebracht. Seit drei Jahren haben wir Geduld gehabt. Das hat uns jedoch nur Enttäuschungen eingebracht. Noch weiter zu zögern, neue Verletzungen zu erdulden und Deutschland ohne Bürgschaften Aufschub zu gewähren, das es forderte, das hätte uns ihm vollkommen ausgeliefert. Wir sind in das Ruhrgebiet eingedrungen und die Besetzung dieses reichen Bergbaureiches und Industriegebietes hat uns davon überzeugt, daß uns Deutschland die Kohlen hätte liefern können, daß es uns verweigerte. Daraus erklärten sich die Anordnungen zur Beschlagnahme der Abfuhrwege der Kohlen- und Stahlfabrik, indem man das Personal verwehrte, sowie die Pfandnahme, die Kohlensteuer für die Kohlen einzuführen, die für den deutschen Gebrauch bestimmt seien. Außerdem sollte die Holzgewinnung in den Staatsforsten verweigert werden. Schließlich beschloß man, die widerpenstigen Eisenbahnen auch weiterhin auszuschließen. Andererseits hätten die französischen und die belgischen Minister den Grundlag ausgelegt, daß die Kohlen für die Beschlagnahme des Ruhrgebietes als Pfand und dessen Ausbe-

tung als Priorität an Frankreich und Belgien, die sie durchzuführen, zurückzugeben seien und zwar aus dem Grund der Beschlagnahme. Erst der Überbruch sollte an alle Alliierten zur Verteilung gelangen. Zu diesem Zweck würden die französischen und die belgischen Behörden eine regelmäßige Durchsicht einrichten. Finanzminister Delaunay bezeugte sich deshalb nach Düsseldorf, um in einer Beratung mit belgischen Delegierten durchzuführen. Die belgischen und die französischen Minister hätten schließlich festgestellt, daß der englische Standpunkt von dem französisch-belgischen noch zu weit entfernt sei, um zur Zeit über die Reparationsfrage neue ausgiebige Verhandlungen mit England wieder aufzunehmen. Dagegen habe man die Möglichkeit anerkannt, von französischen und belgischen Sachverständigen die Grundlagen einer finanziellen Regelung der Reparationen aufstellen zu lassen. Zu diesem Zweck werde Louis Barthou unter dem Vorwand von Seidung mit dem belgischen Vertreter in der Reparationskommission Delacroix verhandeln. In diesem Zusammenhang schenke man die Mühe zu haben, sich von dem Rahmen des Zahlungsplans vom 5. Mai 1921 nicht zu entfernen, der die Zahlung der Schatzkassens 4 und 5 im Werte von 50 Milliarden und in einer Restzahlung von 82 Milliarden durch Schatzkassens 6 vorzöge. Man wisse, daß Poincaré auf der letzten Londoner Konferenz vorgeschlagen habe, Schatzkassens 6 zu entnehmen, wodurch die deutsche Schuld aufrecht erhalten würde. In etwa 14 Tagen werde eine neue Konferenz der französischen und der belgischen Minister in Brüssel abgehalten werden, in deren Verlauf die inwischen von den Sachverständigen geteilten Arbeiten geprüft würden. Ohne Zweifel werde dann auch die Sicherheitsfrage geprüft werden, die auf der letzten Konferenz nicht berührt worden sei.

Wir haben den Beweis erlangt, daß Deutschland in der Lage gewesen wäre, in ausgiebiger Weise zu bezahlen. Poincaré hat es noch heute einen Teil davon, um Kaufe im Ausland auszuführen. Endlich haben wir an Ort und Stelle jene militärischen Organisationen entlassen und auflösen können, die Deutschland schon in Oberriesen unter dem harmlosen Titel „Schuttpolizei“ verbarg. Wir haben auch die Gewissheit gewonnen, daß, wenn wir Deutschland ein zweijähriges Internatium ohne Bürgschaft gewährt hätten, es nach Ablauf dieses Frist auf unser Zahlungsbilanz mit Weigerung und Verweigerung geantwortet hätte. In diese Schatzkassens hätte uns in totaler Weise eine Politik der Mäßigung und der Schwäche geführt. Die Pfänder, die Deutschland nicht geben wollte und die gewisse Alliierte in bestem Glauben für unentgeltlich hielten, hatten wir für unerlässlich. Was wir im Ruhrgebiet gesehen haben, hat uns gezeigt, daß wir uns nicht getäuscht haben. Poincaré erklärte darauf, daß Frankreich die Pfänder nicht gegen einfache Verpfändungen herausgeben werde, und daß es sich nur nach Maßgabe der geleisteten Zahlungen aus dem Ruhrgebiet zurückziehen werde.

Der englische Standpunkt?

London, 15. April. Die Zeitung Observer will wissen, eine Zustimmung Englands zu den französischen Vorschlägen Vouchers oder Klok komme nicht in Frage. Die britische Regierung werde an dem Bonar Law-Standpunkt von Januar festhalten. Ebenso sehe man aber in England ein, daß angesichts der Lage der belgisch-französischen Konferenz nichts übrig bliebe, als die Ruhrangelegenheit bis zum bitteren Ende durchzuführen.

Kursänderung in England?

Nach englischen Informationen, die über Berlin kommen, scheint sich in England eine Aenderung des politischen Kurses vorzubereiten. Der Besuch Londons, dessen Ziel darauf hinginge, England wieder zu einer engeren Zusammenarbeit mit Frankreich innerhalb der Entente zu bewegen, hat politische Kräfte in England mobil gemacht, die sich im Sinne einer Aenderung des politischen Kurses geltend machen. Mäßig sind die Liberalen, die nach Einfluss in dem konservativen Kabinett drängen. Aber auch die Konservativen scheinen den Wunsch zu haben, die Verantwortung mit anderen teilen zu können. Es wird vielleicht ein Kompromiß gefunden werden, der eine Umgruppierung des englischen Kabinetts durch die Regierung zweier konservativer Minister durch zwei liberale zum Ziele hat. Damit würde auch der politische Situation in England Rechnung getragen, die, wie die Nachrichten ergeben haben, eine Wendung zugunsten der Liberalen und eine Abkehr von den Konservativen gebracht hat. Vom Standpunkt der deutschen Politik aus müssen diese Dinge um deswillen besonders beachtet werden, weil aus ihnen nicht etwa ein Vorteil für Deutschland entspringen würde, sondern weil ihre Verwirklichung nicht anders ausfallen würde, als daß man in England stark darauf hinarbeiten, die Entente wieder auf eine einheitliche politische Linie zu bringen.

Kein Eintritt des englischen Premiers.

London, 15. April. Heute nachmittag soll amtlich die Nachricht vom dem beabsichtigenden Eintritt Bonar Laws demittiert werden.

Zum Reichsschulgesetz.

Berlin, 14. April. Der Reichsausschuss für Bildungswesen nahm bei Besprechung des Reichsschulgesetzes

einen gemeinsamen Antrag der Deutschen Volkspartei, des Zentrum und der Bayerischen Volkspartei an, der bestimmt, daß die Gemeinschaftsschule den Unterricht auf religiös sittlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Bekenntnisse einzelner Bekenntnisse für alle Kinder gemeinsam erteilen soll. Insbesondere soll die Gemeinschaftsschule die aus dem Christentum erwachsenen Werte der deutschen Volkstümlichkeit unterrichtlich und erzieherisch lebendig machen. Der Religionsunterricht soll nach den Bekenntnissen getrennt werden.

Die Lausanner Konferenz.

Lausanne, 14. April. Das Generalsekretariat der Lausanner Konferenz hat die türkische Abordnung davon in Kenntnis gesetzt, daß die einladenden Mächte damit einverstanden seien, daß die Friedensverhandlungen am 23. April in Lausanne wieder aufgenommen werden. Die Konferenz wird an diesem Tag im Schloßhotel von Dudy zusammengetreten.

Anwärterliste für Studienassessoren.

Berlin, 14. April. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat dem Landtag den Entwurf einer Verordnung zugehen lassen, in der der numerus clausus der Studienassessoren geregelt wird. Der Entwurf sieht vor, daß aus den vorhandenen Studienassessoren zunächst 2000 ausgewählt und in eine Anwärterliste eingetragen werden, wodurch sie Stellenanwärter im Sinne des Beamtenstelleneinmengesetzes werden. Diese 2000 Assessorien stellen die Zahl dar, die voraussichtlich in den nächsten fünf Jahren angefüllt werden wird. Die Anwärterlisten sollen dann alljährlich um die Zahl der Auscheidenden aufgeführt werden. Die Auswahl der Assessorien, die Anwärter werden, trifft das einzelne Provinzialschulkollegium. Die Verordnung soll nach ihrer Beratung im Landtag demnächst mit Rücksicht vom 1. April 1923 an in Kraft treten.

Ein Flugzeugunglück.

W.B. Berlin, 14. April. Heute vormittag fand unter Leitung des Stadtbaurats Adler eine Besichtigung des Flughafens auf dem Tempelhofer Feld statt. Daraus schloßen sich Rundflüge auf mehreren Flugzeugen an, die um die Mittagsstunde ihr Ende erreichten. Als gegen 12 Uhr ein Flugzeug der Luftverkehr Aero-Club H. O. in Schoten, D. 88 auf dem Tempelhofer Feld nach Beendigung der Fahrt landen wollte, stürzte es aus einer Höhe von 75 Meter ab und ging vollständig in Trümmer. Der Führer sowie drei Insassen erlitten schwere Verletzungen und mußten nach dem Urbanfantenhaus geschafft werden. Die Namen der Schwerverletzten sind: 1. Führer R. O. 2. Stadtbauratenvorsteher R. O. 3. Betriebsingenieur von R. O. 4. Betriebsingenieur R. O. 5. vom Reichsamt der Stadt Berlin. Als das Flugzeug landen wollte, machte R. O. da auf dem Landungsplatz bereits ein anderes Flugzeug kurz zuvor niedergelassen worden war, eine scharfe Kurve, jedoch das Flugzeug abglitt und in die Tiefe stürzte. — Nach einer Mitteilung des Aero-Club trug sich der Unfall — wie folgt zu: Infolge der herrschenden Windrichtung und mit Rücksicht auf die unebenen Teile des Platzes mußte das Start- und Landegleite in der Nähe eines Wäldchens ausgeführt werden. Das verunglückte Flugzeug glitt beim Einlegen zum Platz in die Büsche und stürzte aus niedriger Höhe ab. Das Flugzeug ist ein derjenigen Postflugzeuge, die im vorigen Sommer in dem täglichen Dienst Berlin-Gamburg-Westerland Verwendung fanden.

Sturmflut.

Tokio, 14. April. An der Ostküste von Korea hat eine Sturmflut 400 Fischerfahrzeuge und andere Schiffe vernichtet. Die Zahl der Opfer soll groß sein.

Legte Depeschen.

W.B. Berlin, 14. April. Wie die Blätter melden, ließ die französische Regierung eine Note überreichen, in der einige Stellen der Rede, die der Reichstagskanzler aus Anlaß der Trauerfeier für die Eiserne Opfer gehalten hat, beanstandet werden. Die Note beschwert sich besonders darüber, daß der Kanzler von feindlichen Truppen gesprochen hat. Die Frage der Verantwortung der Note und ihrer Veröffentlichung wird von der Reichsregierung gegenwärtig erwogen.

Berlin, 14. April. Wie die Blätter aus Eifen melden, wurde nun auch das Urteil des Kriegesgerichts in Röhrlingen gegen den Vertreter des Ober-Lagermeisters in Eifen, Bürgermeister Schäfer, das auf drei Jahre Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe lautete, vom Gericht in Mainz als Revisionsinstanz aufgehoben. Der Prozeß wurde an das Kriegesgericht in Düsseldorf zur nochmaligen Verhandlung verwiesen.

Heute läuft die Frist ab, innerhalb der die Direktoren der Ruhrischen Kohlensteuer an die Franzosen abführen sollen. Wie die Blätter melden, werden die Zechendirektoren trotz der von den Franzosen angedrohten Sanktionen auch weiterhin die Ablieferung der Steuern an die Franzosen verweigern.

Düsseldorf, 15. April. Stadtdirektor Dr. Sasse überreichte dieser Tage im Auftrag des hl. Vaters dem Finanzgerichtspräsidenten Dr. S. Schmidtmann das Kommandeurkreuz des Gregoriusordens mit Stern, den Herren Dr. J. Schmidtmann und Leo Goltwald das Kommandeurkreuz des Eichenlaureats.

Berlin, 15. April. Hier fand wieder eine große Anzahl Verhaftungen von Zollbeamten uho. statt. Paris, 15. April. Die Botschafterkonferenz beschloß, die Verhandlung über Memel zu vertagen.

